

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Grundfalsches Grundeinkommen

Eine eidgenössische Initiative will die Bundesverfassung mit dem Auftrag ergänzen, dass der Bund ein bedingungsloses Grundeinkommen einführt. Damit würde der Staat den in der Schweiz lebenden Menschen einen bestimmten Betrag auszahlen, unabhängig davon, wie viel Geld sie verdienen und wie vermögend sie sind. Jedem Einwohner und jeder Einwohnerin der Schweiz soll ein monatliches Einkommen von 2500 Franken garantiert sein – unabhängig davon, ob er oder sie bereit ist, dafür jemals einen Finger zu rühren.

Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab. Sie sind überzeugt, dass die Schweizer Wirtschaft und das System der sozialen Sicherheit mit einem bedingungslosen Grundeinkommen geschwächt würden. Zur Finanzierung des Grundeinkommens wären ausserdem erhebliche Einsparungen oder Steuererhöhungen nötig.

Dieser Meinung ist absolut beizupflichten. Die vorgebrachten Argumente des Initiativkomitees widersprechen sich teilweise auf gröbste Weise.

Zu glauben, auch ein heranwachsender Mensch unternehme ohne den Druck, Geld zu verdienen, genügend, um sich langfristig nicht selber zu entmündigen, zeugt von bemerkenswerter Naivität. Die Gefahr ist gross, dass sich durch das bedingungslose Grundeinkommen ganze Gesellschaftsschichten, nämlich jene mit geringen Lohnaussichten, aus dem Erwerbsleben verabschieden. Besonders eigenartig ist die Behauptung, das bedingungslose Grundeinkommen vermehre die «Freiheit» der Menschen. Bereits heute besitzt jeder die Freiheit, nicht zu arbeiten. Er soll aber auch die Konsequenzen eigenverantwortlich tragen und nicht andere Menschen zwingen, ihr Eigentum für seine Launen zwangsweise abzugeben. Ein bedingungsloses Grundeinkommen emanzipiert nicht, es entmündigt. Zudem ist es ungerecht: Es belohnt nämlich jene, die nicht arbeiten wollen, und bestraft jene, die nicht arbeiten können.

Denn Letzteren garantiert der Staat schon heute ein existenzsicherndes Einkommen, das meist deutlich über dem vorgeschlagenen bedingungslosen Grundeinkommen liegt. Darüber hinaus stellt die Aufgabe des Anspruchs, leistungsunwillige und leistungsunfähige Personen zu unterscheiden, eine krasse Verletzung des Subsidiaritätsprinzips dar.

Fakt ist: Die Initiative setzt völlig falsche Anreize und würde beträchtliche Mehrkosten verursachen. Schlechtverdienende würden hiermit davon abgehalten, einer Arbeit nachzugehen. Dies gilt es an der nächsten Volksabstimmung am 5. Juni erfolgreich zu verhindern.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Gratis-Anwälte, Gratis-Internet, Gratis-Sozialstaat ...

Am letzten Mittwoch gab es im Zürcher Gemeinderat wieder eine hitzige Asyl-Debatte. Ergebnis: Einzig die SVP arbeitet daran, dass die gravierenden Missstände im Asylwesen gelöst werden. Während die Linken und Gutmenschen sogar noch mehr Scheinflüchtlinge in den Schweizer Sozialstaat locken!



Samuel Balsiger
Gemeinderat SVP
Zürich 3

Es wurden zum Thema zwei Vorstösse im Stadtparlament behandelt. Ein Postulat von Stefan Urech und mir, welches die Kostenwahrheit im Asylwesen forderte. Zusammen mit der SVP-Fraktion wollten wir, dass alle städtischen Kosten in einem Bericht zusammengefasst werden, die Asylbewerber, ehemalige Asylbewerber und sogenannte «Sans-Papiers» jährlich verursachen. Es ist doch eine Selbstverständlichkeit, dass die Bevölkerung wissen darf, welchen finanziellen Schaden die Masseneinwanderung in die Schweizer Sozialwerke verursacht. Ausnahmslos alle anderen Parteien lehnten das berechnete Anliegen ab.

Gutmenschen entlarvt

Warum einzig die SVP sich für die Steuerzahlenden einsetzt, rutschte in der Hitze des Gefechts der Sprecherin der Grünen raus. Die anderen Parteien lehnten unseren wohlgedachten Vorstoss ab, weil die Kostenwahrheit im Asylwesen der Schweizer Bevölkerung die Augen öffnen und diese dann in noch grösseren Scharren zur SVP laufen würden, stellte die grüne Ex-Nationalrätin und heutige Stadtparlamentarierin fest.

Spruch: Die Missstände im Asylwesen werden verdeckt und vertuscht, weil sich sonst die Bevölkerung gegen die Plünderung der Sozialwerke demokratisch wehren würde.

Selbstbedienungsladen Asylwesen

Als zweites Geschäft wurde ein Vorstoss der Alternativen Liste (AL) behandelt. Die Partei bewegt sich am äusseren linken Rand. Ihr Stadtrat Richard Wolff bezeichnet zum Beispiel den militanten Schwarzen Block als «bunt» und eine «interessante Ergänzung». Die radikal Linken forderten im Postulat, dass alle Wohnungen von Asylbewerbern mit Gratis-Internet ausgerüstet werden. Ein völlig falscher Ansatz. Denn mutmasslich nur eine kleinste Minderheit der Migranten, die über das Asylwesen in die Schweiz drängen, sind echte Flüchtlinge. Es sind der Sozialstaat und die üppigen Leistungen, die unser Land für die hauptsächlich jungen, männlichen «Flüchtlingen» so beliebt machen.

Noch mehr «Flüchtlinge»

Beispielsweise kommen über eine kürzere Zeit gerechnet zehntausende Migranten aus dem afrikanischen Eritrea zu uns. Krieg herrscht dort jedoch nicht. Somit sind die allermeisten auch nicht direkt an Leib und Leben bedroht und folglich auch keine echten Flüchtlinge. Die SVP versuchte vergebens, den Linken und Gutmenschen aufzuzeigen, dass mehr Komfort und mehr Sozial-

STÄDTISCHE VOLKSINITIATIVE

Was will die Initiative «Mehr Geld für Zürich: 7 statt 9»?

Die Initiative «7 statt 9» will, dass in der Stadt Zürich Reformen angeregt werden, welche die Effizienz der Verwaltung spürbar erhöhen, um dadurch frei werdende Gelder in dringend benötigte Infrastruktur einfließen zu lassen. Die Stadt soll ihre Verwaltung effizient und effektiv reorganisieren, damit sie finanziellen Spielraum erhält, um die vitalen Bereiche (beispielsweise Bildung) angemessen zu unterhalten und zu fördern.

ZB. Erster Schritt dieser grundlegenden Verwaltungsreform ist, den Stadtrat von neun auf sieben Mitglieder zu reduzieren. Die Departemente der Stadt Zürich und ihre Verwaltung sind historisch gewachsen und nicht an den Wandel gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Notwendigkeiten angepasst worden. Den Interessen der Bürger kann so nur bedingt Gehör geschenkt werden. Indem die bisher neun Departemente auf sieben reduziert werden, können grundlegende Reformen angeregt werden welche Voraussetzungen schaffen, den

Bedürfnissen der Bevölkerung nachzukommen.

Reformen sind daher längst überfällig

- Damit städtische Betriebe und Verwaltungen der Stadt Zürich in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben wahrzunehmen
- Damit die Stadt Zürich im Interesse der Bevölkerung mit einer effizienten Verwaltung flexibler auf neue Entwicklungen reagieren kann

Es ist erklärtes Ziel dieser Initiative, dass

- sich die Departemente nach dem Prinzip «zusammenlegen, was zusammengehört» reorganisieren
- bestehende Doppelspurigkeiten, Überschneidungen und überflüssige Schnittstellen behoben werden
- Steuergelder zweckmässiger eingesetzt werden und dort ankommen, wo sie dringend benötigt werden: Mehr Geld für Zürich!
- die Bürger einen Staat erhalten, der Reformen zulässt

Darum muss die Gemeindeordnung der Stadt Zürich in den betreffenden Regelungen zur Organisation der Stadträte und ihrer Departemente geändert werden.

Unterschriftenbogen und weitere Informationen: www.7statt9.ch



SVP der Stadt Zürich

Einladung zur
DELEGIERTEN-VERSAMMLUNG der SVP der Stadt Zürich
von Dienstag, 26. April 2016, 20.00 Uhr
Restaurant Blue Monkey, Zunftsaal, Stüssihofstatt 3, 8001 Zürich

2. Wahl der Stimmzähler
3. Parolenfassung zu folgenden städtischen Abstimmungsvorlagen vom **5. Juni 2016**:
4. **- ewz, Ausstieg aus der Kernenergie / Kontradiktorische Behandlung**
Referent JA: Gemeinderat Markus Kunz (Grüne)
Referent NEIN: Gemeinderat Heinz Schatt (SVP)
- **Gemeindebeschluss, Rationelle Verwendung von Elektrizität**
Referent: Gemeinderat Heinz Schatt (SVP)
- **Kongresshausstiftung**
- **Umbau Kongresshaus und Tonhalle**
Referentin: Gemeinderätin Katrin Widmer (SVP)
- **Pflegezentrum Bombach**
Referent: Gemeinderat Thomas Monn (SVP)
5. Generalversammlung 2016 / Anträge des Vorstandes zu folgenden Traktanden:
- Jahresrechnung 2015
- Budget 2016
- Wahlen: Ersatzwahl Parteipräsidium
- Festsetzung Mitgliederbeitrag
6. Verschiedenes

leistungen auch noch mehr Scheinflüchtlinge anlockt, die es sich dann in der Hängematte gemütlich machen. Von den eritreischen Migranten leben über 90 Prozent von der Schweizer Sozialhilfe – und das wohl für Jahrzehnte!

Jetzt der Knaller: Nach einer Textänderung nahmen ausser der SVP alle anderen Parteien den Vorstoss für Gratis-Internet in Wohnungen von Asylbewerbern an! Zusammenfassung der letzten Gemeinderatssitzung: Ausser der SVP wollen alle anderen Parteien die Missstände im Asylwesen zudecken und gleichzeitig noch mehr Scheinflücht-

linge in den Schweizer Sozialstaat locken.

NEIN zu Gratis-Anwälten

Es ist von grosser Bedeutung, dass bei der nationalen Volksabstimmung vom 5. Juni die Gratis-Anwälte für alle Asylanten verhindert werden. Bei der Revision des Asylgesetzes muss also NEIN gestimmt werden. Bei einer Annahme wird das Asylchaos noch weiter eskalieren und der Bund kann für Asylzentren sogar Enteignungen durchführen. Ganz nach dem Motto: Gratis-Vollservice für Scheinflüchtlinge und Wohnungskündigungen für Schweizer!



Jetzt Petition unterschreiben!!

Unterschreiben kann jede Person. Helfen Sie mit, das Asylchaos zu stoppen! Unterschriftenbögen sind bei den Kreisparteien vorrätig und können bezogen werden unter: www.svp-stadt-zuerich.ch

LESERBRIEF

«Der höchst fragwürdige Entscheid der Justiz im Falle Hildebrand-Lei»

Im Monat September 2011 legte der damalige Präsident der Schweizerischen Nationalbank, Philipp Hildebrand, den Kurs des Schweizer Frankens zum Euro neu bei 1.20 fest. Kurz vor diesem Entscheid kaufte Hildebrand Devisen im Wert von 400'000 USD. Einige Wochen später verkaufte er diese Devisen wieder und wechselte in Schweizer Franken. Dank der inzwischen eingetretenen Wechselkurse erzielte Hildebrand mit dieser Transaktion einen voraussichtbaren Gewinn von CHF 75'000.–.

Ein ehemaliger Klassenfreund Leis – er war IT-Mitarbeiter bei der betreffenden Bank – bemerkte diesen Devisenhandel und meldete sie Hermann Leis – welcher seinerseits den ehemaligen Bundesrat Blocher orientierte.

Die Vorfälle – Devisenspekulationen sind für einen National-Bankpräsidenten international gesehen nicht legitim und ein No-go – fanden den Weg in die Presse. Hildebrand wollte vorerst nicht zurücktreten und fand Deckung bei BR Widmer-Schlumpf – die die Öffentlichkeit in einer Arena-Sitzung zudem mit falschen Aussagen anlog. Erst als der Bankrat geschlossen den Rücktritt an-

drohte im Falle eines Weiterverbleibs von Hildebrand im Amt, musste Widmer Schlumpf ihre Deckung aufgeben und Hildebrand zurücktreten.

Vermutlich war der Vertrag zwischen SNB und Hildebrand nicht ganz lupenrein, denn dieser wurde aus Geheimhaltungsgründen nie publiziert, verhinderte aber wegen einzelnen Passagen eine Verurteilung von Hildebrand. Hingegen wurden jetzt Leis und sein Klassenkamerad wegen Verletzung des Bankgeheimnisses verurteilt.

Frage: Ist es im Sinne der Justiz gerecht, wenn eine Person einen groben und eigentlich straffälligen Missstand aufdeckt und dafür bestraft wird – und der Richter dies begründet, dass Leis ja die Aufsichtsbehörde hätte informieren müssen? Blättern sie einige Zeilen zurück und stellen fest, dass gerade die oberste Aufsichtsperson Hildebrand deckte und eine Information sicher im Abfalleimer gelandet wäre. Solche fragwürdigen Entscheide der Justiz mehrten sich leider und müssen konsequent aufgedeckt werden.

Hans-Peter Neuweiler, Ermatingen